

# Wettrüsten stoppen!

von Irmgard Ehrenberger

**D**ie Propagandamaschinerie für Aufrüstung läuft mit medialer Unterstützung in ganz Europa und auch bei uns in Österreich auf Hochtouren. Angesichts massiver Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, in der Gesundheitsversorgung und in der Entwicklungszusammenarbeit müssen den EU-Bürger\*innen die sprunghaft ansteigenden Militärausgaben schmackhaft gemacht werden. Die EU-Länder müssen sich demnach gegen multiple Bedrohungen schützen, und das sei nur durch massiven Aufbau der Kampfbereitschaft möglich. Immer wieder werden auch angebliche Geheimdienstinformationen ins Rennen geschickt, die – sehr vage – vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff Russlands auf ein EU-Land warnen. Dass die EU-Kommission und Abgeordnete zum EU-Parlament seit Jahren von Lobbyist\*innen der Rüstungsindustrie geradezu belagert werden, wird vorsorglich verschwiegen.

In der Attac-Broschüre „Rüstungskonzerne und der Profit mit Krieg“ wird festgehalten, dass zwischen 2019 und 2024 insgesamt 356 Treffen zwischen Vertreter\*innen der Rüstungsindustrie und der EU-Kommission stattfanden.

Wie kann sich der friedenspolitisch engagierte Teil der Zivilgesellschaft gegen eine solche Übermacht zur Wehr setzen und sich Gehör verschaffen? Genau diese Frage stellen wir uns im Versöhnungsbund. Neben unserem Engagement in der EU-weiten Kampagne „Stop ReArm Europe“ und unseren Vorschlägen für eine aktive Friedenspolitik wollten wir die massiven Aufrüstungspläne „Österreichisches Bundesheer 2032+“ nicht unkommentiert und ohne Widerstand ins Land ziehen lassen.

Da wir überzeugt davon waren, nicht allein mit diesen Anliegen und unserer Betroffenheit und unserem Unmut zu sein, machten wir uns auf die Suche nach Verbündeten. Wir fanden sie u.a. bei Attac und ihrer Kampagne „Wettrüsten stoppen“, die im Jänner 2026 mit einem Treffen im Amerlinghaus in Wien lanciert wurde.

Die Kampagne, die seither von Attac, WILPF Austria (Women's International League for Peace and Freedom), dem Versöhnungsbund und mehr als 20 weiteren Organisationen mitgetragen wird, setzte ihren Fokus in einem ersten Schritt auf das Doppelbudget 2027/28, das am 10. Juli im Nationalrat beschlossen wurde. Mit der „Petition Friedensförderung und Sicherheit statt Aufrüstung!“ wollten wir die Regie-



rung darauf hinweisen, dass ihre Propaganda nicht uneingeschränkt auf fruchtbaren Boden fällt und Menschen, insbesondere jenen, die unter den Kürzungen leiden, die Möglichkeit bieten, ihre Missbilligung kundzutun. So fand neben der Ablehnung der Erhöhung der Rüstungsausgaben auch die Forderung nach einer höheren Besteuerung des wohlhabendsten Teils der Bevölkerung zugunsten des Wohlfahrtsstaates Eingang in die Petition.

Bis zum 10. Juli konnten 3.614 Unterschriften online, bei Veranstaltungen und bei Infotischen gesammelt werden. Für die geplante Übergabe an Finanzminister Martnerbauer erhielten wir keinen Termin, auch eine kurze Aussprache vor der Nationalratssitzung war nicht möglich. Die Übergabe soll im Herbst nachgeholt werden, auch wenn aus gesundheitlichen Gründen vielleicht nicht an den Finanzminister selbst.

Schon jetzt im Sommer beginnen wir mit den Vorbereitungen für die Herbst-Kampagne, die mit Aktionstagen von 20. bis 22. November ihren Höhepunkt haben soll. Denn es ist allerhöchste Zeit, dass der Zusammenhang zwischen Hochrüstung, neoliberaler Austeritätspolitik und dem Voranschreiten der Klimakatastrophe klar aufgezeigt und umfassender Widerstand aufgebaut wird.

Irmgard Ehrenberger ist Co-Geschäftsführerin beim Internationalen Versöhnungsbund.

